

„Ätsch, die bösen Deutschen zahlen nicht zurück“

[Zitat von Rügemer, siehe Zeile 16 unten]

Nicht nur dieser, auch im Kontext befremdlich wirkende Satz irritiert.

Werner Rügemer scheint alles, was er im Zusammenhang mit seinem Vortrag in Pleisweiler sagt, zwei Zielen unterzuordnen: Die Verantwortung Deutschlands für beide Weltkriege zu relativieren und die USA zu attackieren.

Permanent klagt er nur dieses Land an, sei es auf suggestivem Wege durch die Wahl der Begriffe ("*Mittäter*", "*Komplize*", "*Vasallen-Regierung*"), sei es, indem er selbst alltägliche Vorgänge dämonisiert, sofern sie von den USA ausgehen (Kredite, Investitionen, usw.).

Den Anteil an Verantwortung der USA für beide Weltkriege übertreibt er, andere Länder blendet er aus seiner Kritik aus.

Den USA versucht er Mitverantwortung für die Verbrechen der Wehrmacht zuzuschreiben:

- "*Man kann zusammenfassen: Ohne die ... Hilfe der USA hätte das Deutsche Reich den Krieg so nicht führen können*". (6)
- "*Der größte Teil der deutschen Luftwaffe wäre sonst am Boden geblieben – was sehr gut gewesen wäre, meinen Sie, Herr Ruhsert, nicht auch?*" [33]

Der gesamte Text von Werner Rügemers Antwort (22) auf meine Kritik (10) wirft eine grundsätzliche Frage auf: Geht es ihm wirklich um eine Diskussion? Die häufige direkte Anrede "Herr R..." erweckt zunächst den Eindruck, er sei an gegenseitigem, gedanklichen Austausch interessiert. Doch leider beschränkt sich das ausschließlich auf die Form seiner Entgegnung.

Obwohl er nicht einen meiner Einwände entkräften kann, hält er unbeirrbar an seiner Position fest: Nirgends findet sich auch nur die Spur von Nachdenklichkeit, geschweige denn ein Nachgeben. Werner Rügemer geht der Reihe nach alle meine Kritikpunkte durch; nicht jedoch, um sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen. Er nutzt diese Kritik nur als Stichwortsammlung für Fragmente eines weiteren Vortrags zur vollumfänglichen Verteidigung seiner Meinung. Um diese Ausflucht vor dem Leser zu verbergen, kommen eine Reihe von Manipulationstechniken zur Anwendung.

Beispiele (die in eckigen Klammern eingefügten Zeilennummern verweisen auf die entsprechenden Textabschnitte):

- Selektiv kritisieren (z.B. keinen anderen Handelspartner des Dritten Reiches als die USA erwähnen, was den Eindruck entstehen lässt, der Rest der Welt habe sich vorbildlich verhalten, nur die USA nicht) [31, 34, 38]
- Wird eine Behauptung widerlegt, dann mit einer anderen, falschen Behauptung antworten [3, 4]

- Eine von der Kritik widerlegte eigene Aussage umdeuten: Behaupten, man habe etwas bloß nicht klar genug gesagt, obwohl man genau das Gegenteil gesagt hat [28]
- Kritikpunkte in eigenen Worten so wiedergeben, dass der Inhalt verändert wird; dem Leser soll nicht auffallen, dass der darauffolgende Text keine Antwort auf meine Kritik ist [3, 20, 36]
- Ist etwas nicht nachweisbar, dann einfach behaupten, "*inoffiziell und indirekt*" habe es doch existiert [29, 30]
- Mit Referaten über ein inhaltlich verwandtes Thema davon ablenken, dass für eine bestimmte Behauptung kein Beleg erbracht werden kann [8-10, 36-41]
- Lässt sich ein Motiv als Grund für eine Handlung nicht belegen, dann eben ein anderes Motiv nennen [14]
- Ursache und Wirkung vertauschen, um unlautere Motive plausibel erscheinen zu lassen [6]
- Dem Vorwurf widersprechen, man habe etwas unbegründet schlechtgeredet, nur um es unmittelbar danach in einem noch schlechteren Licht erscheinen zu lassen [21, 25]
- Seriöse Autoren als Quellen nennen, von deren Werken inhaltlich aber keinen Gebrauch machen [2]
- Den eigenen Zwecken dienliche Thesen und Behauptungen von Autoren verwenden, denen in der historischen Debatte teils grobe Fehler oder Manipulationen nachgewiesen wurden - natürlich ohne sie für den Leser erkennbar diesen Quellen zuzuordnen [2, 33]
- Ausweichen:
 - Richtet sich die Kritik gegen Behauptungen über das Verhalten der USA **während des Kriegs**, dann in der Antwort über die Aufrüstung **vor dem Krieg** referieren [31, 34]
 - Ist ein Fehler nachgewiesen, darüber hinweggehen und über ein anderes Thema dozieren: Camerons Sozialkürzungen, die Troika in Griechenland, die Ukraine, Trotzki, die Rückzahlungen britischer Anleihen im Jahre 2015 ... und so weiter und so fort. [4, 10, 12, 16]

Es folgt eine Rezension von Werner Rügemers Antwort (22) auf meine Kritik (10) an seinem Referat "Europa im Visier der Supermacht USA" (6). Besonders aufschlussreiche Abschnitte der Textkritik sind grau hinterlegt.

Nr.	Rügemers Antwort	Kommentare von Kai Ruhkert
1	<p>Sie verteidigen das Märchen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine Organisation sind, die durch Kriege und Beteiligung an (Welt)Kriegen und durch Kreditvergabe und Investitionen anderen, zum Beispiel Deutschland und Europa, etwas Gutes tun will.</p>	<p><i>"Kriege und Beteiligung an (Welt)Kriegen, Kreditvergabe und Investitionen"</i> - was für eine merkwürdige Auflistung von Aktivitäten höchst unterschiedlicher Natur. Die USA nutzen Kredite und Investitionen als Waffen im Kampf gegen den Rest der Welt, so die Botschaft. Und sogar die Teilnahme am Krieg gegen Hitler habe diesem Zweck gedient.</p>
2	<p>Sie liegen mit Ihren Behauptungen und Ihren biedereren & befangenen Quellen neben der umfangreichen, faktenreichen Forschung, die vor allem in den USA schon in den 1950er bis 1990er Jahren und dann wieder verstärkt im Laufe des letzten Jahrzehnts gemacht wurde. Schauen Sie sich beispielsweise die Literaturliste an in Panitch / Gindin: <i>The Making of Global Capitalism. The Political Economy of American Empire</i>. Ein aktuelles Nachschlagewerk zum Märchen vom guten Uncle Sam ist in deutscher Sprache z.B. „Die Weltbeherrscher“ von Armin Wertz, der die (Un)Taten seitens des Komplexes USA seit Staatsgründung im 18. Jahrhundert chronologisch Jahr für Jahr auflistet. Schauen Sie z.B. auch mal bei Autoren rein wie Anthony Sampson, Christopher Simpson, Ron Chernow, Ben Urwand, Adam Tooze, Adam Lebor, Anthony Sutton, Edwin Black, Gabriel Kolko, Jacques Pauwels, Charles Higham sowie deren Literaturlisten. Von diesen und weiteren Autoren werden auch Archive der US-, britischen, deutschen, französischen usw. Regierungen/Ministerien und von US-Präsidenten ausgewertet, Archive des American Red Cross. Lesenswert auch die faktenreichen, unbekümmerten Selbstdarstellungen, Tagebücher und die Biografien von Beteiligten wie den Dulles-Brüdern, Averell Harriman und Henry Morgenthau.</p>	<p>Diese Literaturliste hilft, manche Fehler zu erklären. Panitch/Grindin, Wertz und Tooze werden zwar empfohlen - doch nicht zitiert. Was Adam Lebor über die BIZ schrieb, ist unstrittig - steht jedoch in keinem Zusammenhang mit der Kritik am Vortrag. Edwin Black lässt in seinem Werk "IBM and the Holocaust" keine Zweifel, wer die Verantwortung für den Holocaust trägt: <i>"Gewiss hätte Hitler den Massenmord an den Juden auch ohne die Lochkarten von IBM organisieren können. Dass die Nazis ohne Mithilfe des US-Konzerns und seiner deutschen Tochter den Holocaust nicht begangen hätten, behauptet auch Autor Black nicht: "Das wäre eine gewaltige Täuschung.""</i> (1) Gabriel Kolkos Werk ist interessant und anregend, ein Bezug zur Kritik jedoch auch in diesem Fall nicht erkennbar. Wie Anthony Sampson in diese Liste geriet, ist unverständlich, kommt dieser in "Die Sieben Schwestern" doch zu einer wesentlich nachsichtigeren Bewertung des Verhaltens der Ölkonzerne: <i>"Man muss in diesen Skandalen nicht unbedingt einen Beweis dafür sehen wollen, dass speziell im Ölgeschäft eine besondere moralische Verworfenheit verbreitet sei; die führenden Gestalten dieser Branche waren die Freibeuter ihrer Zeit, bemüht, eine profitgierige Industrie - ungeachtet der durch den Krieg gezogenen Schranken - auszudehnen. Diese Männer verstanden es nicht, im richtigen Moment aufzuhören, und zwingen konnte man sie dazu nur sehr mühsam. Gerade an ihrer Skrupellosigkeit, an ihrer Neigung zum Autokratentum ließ sich sehr genau ablesen, daß Öl eine recht unkontrollierte Sache ist und dass die Ölindustrie sehr wohl imstande war, den nationalen Regierungen Trotz zu bieten."</i> (2)</p>

Die anderen Autoren sind mit Vorsicht zu zitieren; manche ihrer Behauptungen hätten lieber noch einmal kritisch hinterfragt werden sollen.

An Charles Highams Buch "Trading With The Enemy: The Nazi-American Money Plot 1933-1949" hat Rügemeier gewiss Gefallen gefunden. Doch ob es sich dabei wirklich um eine verlässliche Quelle erster Güte handelt, wäre noch zu prüfen. Die Kontroverse um ein anderes Buch dieses Autors gibt Anlass zu Skepsis: *"In 1980, Higham's "most sensational work" Errol Flynn: The Untold Story appeared. In this work he alleged that Errol Flynn was a bisexual fascist sympathizer who spied for the Nazis before and during World War II and had affairs with Tyrone Power, Howard Hughes, and Truman Capote among others.*

Tony Thomas, in Errol Flynn: The Spy Who Never Was (Citadel, 1990) and Buster Wiles in My Days With Errol Flynn: The Autobiography of a Stuntman (Roundtable, 1988) identified Higham's claims as fabrications, an assertion substantiated by viewing the FBI documents, which were altered – rather than quoted verbatim – by Higham." (3)

Wer glaubt, "die USA" hätten das Dritte Reich im Krieg unterstützt, wird Christopher Simpson gewiss mit Freude lesen: *"The importation of criminals, especially Nazi butchers, obviously has serious negative effects. But Mr. Simpson argues further that the recruitment of East Europeans and other anti-Communists by the C.I.A. after the war served to keep Washington on a cold-war track to this day. He talks of "the scars that secret emigre anti-Communist programs have left on life in the United States," down to the survival of the "liberationist cause" in the Reagan administration's "cold-war strategy."*

There are several problems here. Most seriously, Mr. Simpson's logic has the effect of smearing anti-Communism with the taint of Nazism."

(4)

Ron Chernow sollte man zu historischen Fragen wohl lieber nicht konsultieren: ***"If Chernow's sense of historical context is sometimes superficial, his understanding of psychology is acute and his portraits of individuals memorable."*** (5)

Der Name Ben Urwand lässt aufhorchen.

In seinem Vortrag sagt Rügemer: *"Das Deutsche Reich hatte einen eigenen Konsul in Los Angeles, der jedes Drehbuch durchgesehen hat..."* (6, 34:42 min) Das hat er sicher bei Urwand gelesen. Allein - es ist nicht mehr als ein Gerücht.

Urwands Verhältnis zur Wahrheit ist durch sein Verhalten auf einer öffentlichen Veranstaltung eindrucksvoll dokumentiert. Dort wird er nach einem Beleg für seine Behauptung gefragt, der Nazikonsul Gyssling habe in den Hollywood-Studios Filme zensieren dürfen:

"Your PhD thesis, and then your book, were predicated on a comment by Budd Schulberg, who was known to hate Louis B. Mayer, that LB would screen movies for George Gyssling, the Nazi consul. Here is the key portion of the quote in your book:'. . . I heard about the way that Louis Mayer would kowtow, we were amazed when we heard it, but he was definitely doing it. I think the consul even came to the studio and looked at his pictures and said yes, that's all right, no take that out, it was unbelievable.' Refer endnote 163.

What proof do you have for this serious accusation, which you have repeatedly referred to, considering your own endnote #163 about Schulberg's comment simply refers to a transcript of him referring to hearsay and even Schulberg does not mention his source for this claim, nor did he witness this, i.e. "we were amazed when we heard about it" – so where's your proof?"

Urwand suddenly became tongue-tied and began to refer to something else – I think Louis B. Mayer's comments on another topic – but I pulled Urwand back and said that was not what I had asked: I asked about his proof for endnote 163. After a couple of minutes of stumbling around for something coherent to say and some very interesting body language, Urwand simply fell back to his constant refrain when he has been challenged over his six month long, international book tour, "It's all documented in my book."

The problem is Ben Urwand, it isn't." (7)

Wer sich darin auf Urwand beruft, präsentiert ein Gerücht, das nur auf Hörensagen beruht, als Tatsache.

Wer sich hingegen über die Qualität dieser Quelle noch etwas genauer informieren möchte, findet im Anhang dreißig Buchbesprechungen. (8)

		<p>Auch Jacques Pauwels zeigt eine Tendenz zu recht merkwürdigen Behauptungen: GM hätte dem Dritten Reich Düsentriebwerke geliefert (eine Technik, über welche die USA damals noch gar nicht verfügten) oder das Dritte Reich habe 1941 aus den USA 90% des benötigten Motorenöls bezogen (wobei er den Bedarf mit den Importen verwechselt). (9) Dass Jaques Pauwels und Anthony Sutton als Quellen genannt werden, hilft einen weiteren, kapitalen Fehler aufzuklären (siehe Tabellenzeile 33).</p>
3	<p>Großbritannien als Hauptkreditgeber der Alliierten im 1. Weltkrieg? Herr Ruhsert, Sie behaupten: Nicht die USA, sondern Großbritannien sei der Hauptkreditgeber der Alliierten gewesen.</p>	<p>Der Inhalt der Kritik wird falsch wiedergegeben. Zitat daraus: <i>"Zum Zeitpunkt des Waffenstillstands hatten die Verbündeten bei den USA und bei Großbritannien Verbindlichkeiten in gleicher Höhe von etwas über 7 Mrd. Dollar angehäuft."</i> (10) Dass Großbritannien Kredite <i>"in gleicher Höhe"</i> wie die USA vergeben hatte, bedeutet, dass es nicht <i>"Hauptkreditgeber der Alliierten im 1. Weltkrieg"</i> gewesen ist. Das trifft nur für die Phase vor dem Kriegseintritt der USA zu.</p>
4	<p>Da bleiben Sie an der Oberfläche. Richtig ist: Wall Street überließ („special relationship“) das Management der Kreditvergabe an die Alliierten großenteils der City of London. Sie hatte etablierte Beziehungen und wollte mitverdienen. Aber die Kredite, die aus London nach Frankreich usw. vergeben wurden, wurden durch Kredite in New York refinanziert. Barclays Bank, Westminster Bank, Lazard Brothers usw. waren also selbst in den USA bei Morgan, Chase Manhattan, Kuhn Loeb, Dillon Reed, Lee Higginson, Goldman Sachs usw. verschuldet. Dadurch wurden die USA real vom größten Schuldnerstaat vor dem Krieg zum größten Gläubigerstaat nach dem Krieg. Und Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und weitere Staaten waren im Krieg und danach real bei den USA verschuldet, dann auch Deutschland. Das Schuldenmanagement ging nach dem Krieg deshalb auf die USA über. Sie richteten 1924 – 1930 in Berlin die mit hundert Mitarbeitern ausgestattete Stelle des Reparations-Generalagenten ein. Er überprüfte die Zahlungs- und Devisenflüsse. Er drängte u.a. bei der Reichsregierung auf Kürzung der Staatsausgaben. (vergleichbar der heutigen Troika für Griechenland) Als Kenner der britischen Verschuldung haben Sie, Herr Ruhsert, sicher folgendes mitbekommen: 2015 zahlte Großbritannien eine</p>	<p>Rügemer schreibt: <i>"Aber die Kredite, die aus London nach Frankreich usw. vergeben wurden, wurden durch Kredite in New York refinanziert."</i> Warum hätten z.B. britische Kredite an Frankreich zur Finanzierung von Lieferungen einer britischen Munitionsfabrik durch Kredite in New York refinanziert werden sollen? Refinanziert wurde natürlich nur der Teil der Kredite, der für Importe aus den USA benötigt wurde und nicht auf andere Weise in Dollar getauscht werden konnte: <i>"Finance for these imports came from the following sources: exports to the USA: 1.6 billion dollars; sales of gold: 1.1 billion dollars; liquidation of short-term U.S. foreign debts: 500 million dollars; repatriation of American securities and other investments from foreign holders: 1.4 billion dollars; credits: 2.4 billion dollars"</i> (11) Das Kreditvolumen amerikanischer Banken zum Zeitpunkt des Kriegseintritts der USA ist seit vielen Jahrzehnten bekannt. Hier noch einmal die Rangfolge der Kreditgeber: <ul style="list-style-type: none"> • Großbritannien: 3.8 Mrd Dollar • Amerikanische Banken: 2.4 Mrd Dollar • Staatliche Kredite der USA gab es bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht Rügemers Behauptung aus dem Vortrag (<i>"Die Vereinigten Staaten von Amerika ... haben die Kriegsführung der Entente finanziert ..."</i>) ist eindeutig falsch. Die Zahlen belegen das Gegenteil: <i>"Until the entry of the United States into the war,</i></p>

	<p>Anleihe zurück, die 1932 an 120.000 Anleger verkauft worden war, und zwar um Kredite aus dem 1. Weltkrieg in den USA zurückzuzahlen. Das brachte den Anlegern bzw. ihren Erben heute 2,9 Mrd. Euro ein. Sie sehen, der von Ihnen bestrittene Mechanismus – Refinanzierung britischer Weltkriegskredite in den USA – wirkt noch heute.</p>	<p><i>Britain acted as the Allies banker..." (11)</i></p> <p>Danach erst nahm die Bedeutung der USA als Kreditgeber zu. Zum Kriegsende hatten die USA und Großbritannien Außenstände in etwa gleicher Höhe.</p> <p>Mangels Quellenangabe wird nicht deutlich, wessen Phantasie Sätze wie diese zu verdanken sind: <i>"Wall Street überließ („special relationship“) das Management der Kreditvergabe an die Alliierten größtenteils der City of London. Sie hatte etablierte Beziehungen und wollte mitverdienen."</i></p>
5	<p>Warum traten die USA militärisch in den Krieg ein?</p> <p>Die USA traten als Finanzier und Lieferant von Kriegsmaterial ab 1914 in den Krieg ein. Auch die Regierung von Präsident Woodrow Wilson wusste, dass dies ein Kriegseintritt war. Er fand aber, um entsprechende Gesetze zu umgehen, in Absprache mit der Wall Street die Formel: Die Kredite fördern den internationalen Handel.</p>	<p>Die Kritik richtete sich gegen die (weder plausible noch belegte) Behauptung, die USA wären 1917 zum spätestmöglichen Zeitpunkt in den Krieg eingetreten. Als Antwort wird der Begriff "Kriegseintritt" umdefiniert und der Zeitpunkt auf 1914 vorverlegt!</p> <p>Inwieweit wirklich schon 1914 von einem Kriegseintritt der USA gesprochen werden konnte, kann hier nachgelesen werden: <i>"There was no question of the US Government becoming involved, other than allowing it to happen, and indeed European governments did not expect more while the US was neutral. More importantly, it had not the tradition of involvement in European wars. The US firmly held to the view that it would remain on the sidelines. Therefore, the Europeans were free to help themselves to American goods, as long as they could pay for them, but were to ask no favours from the American government."</i> (12)</p>
6	<p>Die Kredite waren mit der Auflage verbunden, das Kriegsmaterial, die Dosennahrung usw. in den USA zu kaufen.</p>	<p>Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Diese Kredite wurden vergeben, um den Einkauf von Kriegsmaterial bei amerikanischen Lieferanten, die in Dollar bezahlt werden wollten, zu finanzieren. Hier werden Ursache und Wirkung verwechselt.</p>
7	<p>Krieg ist ein gutes Geschäft, und der 1. Weltkrieg entwickelte sich zum bisher weitaus besten Geschäft der US-Wirtschaft überhaupt.</p>	<p>Natürlich steigerten die Rüstungseinkäufe in den USA dort das Wachstum. Diese einfache Tatsache lässt sich auch feststellen, ohne das klischeehafte Bild von Wall Street-Bankern zu zeichnen, die im Hintergrund die Fäden zogen.</p>
8	<p>Das wurde auch politisch genutzt, denn vor dem Krieg waren die USA in einer Wirtschaftskrise, die damit (für ein paar Jahre) „gelöst“ wurde, Arbeitsplätze wurden geschaffen. Und das Geschäft sollte möglichst lange dauern, das liegt doch für moralisch indifferente Banker und Industrielle nahe. Oder machen die in den USA hier eine Ausnahme?</p>	<p>Es dürfte wohl niemanden überraschen, dass die Rüstungsindustrie zum Kriege drängte. Entscheidend ist, ob sie tatsächlich wirksamen Einfluss ausüben konnte. Das Nye-Committee konnte dies nicht nachweisen: <i>"Committee members found little hard evidence of an active conspiracy among arms makers, yet the panel's reports did little to weaken the popular prejudice against "greedy munitions interests."</i> (13)</p> <p>Zwar haben sich einige prominente Wall Street-Banker in der Preparedness-Movement-Bewegung engagiert; dass es jedoch eine generelle Präferenz oder gar eine Kampagne der Wall Street pro Kriegseintritt gab, gilt in der (seriösen!)</p>

		<p>Forschung keineswegs als belegt (siehe die in der ersten Kritik angegebene Quelle). Der unerschütterliche Glaube an die kriegstreibenden Machenschaften der Wall Street beschränkt sich auf gewisse, politische Milieus.</p> <p>In Rügemeiers Weltbild ist die amerikanische Regierung eine willenlose Marionette von Bankern und Industriellen. Interessensgegensätze, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte blendet er aus seiner Wahrnehmung aus; nur so ist zu erklären, dass er den Zeitpunkt des Kriegseintritts nur und ausschließlich von Profitinteressen der am Krieg verdienenden Unternehmen abhängig machen will.</p>
9	<p>Warum sind die USA militärisch erst 1917 in den Krieg eingetreten? Herr Ruhser, Sie argumentieren, die USA seien vorher eben nicht vorbereitet gewesen. Das stimmt natürlich, aber dazu hatten sie ja auch keinen Grund, der Krieg lief aus US-Sicht bestens. Aber die urplötzlich aus dem Boden gestampfte Mobilisierung 1917 von über einer Million Soldaten und der dazugehörigen Infra- und transatlantischen Transportstruktur – Regierung, Verwaltung, Militär, Banken, Unternehmen, Medien – zeigt die Fähigkeit der USA, wie schnell das gehen kann, wenn der Wille da ist. Das war wieder ein großes Geschäft. Siehe auch die kurzfristig aufgebaute Propaganda-Behörde Committee on Public Information, CPI (Creel commission), die die pazifistische Mehrheitsstimmung der Bevölkerung mit gigantischem Aufwand kippen sollte.</p>	<p>Der Kriegseintritt eines Landes hängt u.a. von gesetzlichen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen ab. Diese zu schaffen kann etwas Zeit erfordern. In den USA waren die politischen Hindernisse 1916 überwunden (aus Sicht derer, die einen Kriegseintritt für richtig hielten). Genau dann, aber eben erst dann, "<i>war der Wille da</i>" und ein Jahr später das militärische Potential geschaffen. Dass Wilson sich nicht schon früher über den Willen der amerikanischen Wähler hätte hinwegsetzen können, spricht eher für die Funktionsfähigkeit der amerikanischen Demokratie.</p>
10	<p>Aber dann müssen Sie erklären, warum die USA auch noch militärisch in den Krieg eingegriffen haben. Denn die USA waren in keiner Weise bedroht, es ging also nicht um die vielbeschworene „nationale Sicherheit“. Es ging also um etwas anderes. Demokratie und Frieden können die Gründe nicht gewesen sein. Seit Präsident Theodor Roosevelt und auch unter Wilson verletzen die USA während ihrer kriegerischen und Kapital-Expansion in ihrem Hinterhof und auf den Philippinen usw. ständig Demokratie und Frieden, z.B. 1915/16 in Mexiko. Wilson hatte 1916 erklärt, dass ein „Friede der Erschöpfung“ zwischen den europäischen Kriegsgegnern, also ein Kriegsende ohne Sieger und ohne Verlierer, das Beste für eine anschließende Friedensordnung sei. Das war richtig. Es wurde aber nicht danach gehandelt. Sonst wäre das Geschäft zu Ende gewesen. Die USA subventionierten auch deshalb z.B. die Übergangs-Regierung</p>	<p>Wer so darauf fokussiert ist, militärische Entscheidungen der USA aus Profitinteressen abzuleiten, zieht natürlich keine anderen Motive in Erwägung. So wird z.B. völlig ausgeblendet, dass der Kriegseintritt der USA dem Gemetzel in Europa rasch ein Ende bereitete. (Solche eher altruistischen Motive sollten nicht voreilig verworfen werden. Albrecht Müller hatte seine Möglichkeiten als Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt ja auch nicht dazu genutzt, Unternehmen höhere Gewinne zu verschaffen.) Hinzu kommt als machtpolitisches Argument, dass die eigene Beteiligung am Krieg den USA einen Platz am Verhandlungstisch sicherte und ihren Einfluss auf die europäische Nachkriegsordnung stärkte. Welche Rolle welche Motive tatsächlich spielten, wird wohl nie abschließend geklärt werden können. Für Rügemeier kommen grundsätzlich nur solche Erklärungsansätze in Betracht, die geeignet sind, die Wall Street als alleinige Triebkraft auf die Anklagebank zu setzen.</p>

	<p>in Russland, damit das erschöpfte Zarenreich nicht aus dem Krieg ausstieg. Dass Russland unter Lenin und Trotzki dann tatsächlich aus dem Krieg ausstieg, passte den USA auch wieder nicht, weswegen US- und alliierte Truppen militärisch in Russland einfielen und den Krieg nochmals verlängerten. Und die bisherigen Kriegsfinanziers Morgan und National City Bank finanzierten in Russland dann auch die Konterrevolution etwa des Admirals Koltschak.</p>	
<p>11</p>	<p>Versailler Vertrag Sie führen an, Herr Ruhkert: „Auch die durch den Versailler Friedensvertrag erfolgte ‚Bestrafung‘ Deutschlands, auf der vor allem Frankreich bestand, widersprach dem Grundsatz der Selbstbestimmung, denn Deutschland war mittlerweile demokratisiert worden, auch deshalb, weil man so – auf die 14 Punkte Wilsons vertrauend – günstigere Friedensbedingungen erhoffte.“ Wer hoffte da was genau? Wäre es nach dem Willen der USA gegangen, hätte es den Versailler Vertrag so nicht gegeben, sagen Sie.</p>	<p>Nahezu alle Quellen zu diesem Thema bestätigen, dass Frankreich auf einer gegenüber Deutschland harten und auf Schwächung ausgerichteten Vertragsgestaltung bestand, während die USA eher einen mäßigenden Einfluss auszuüben versuchten.</p>
<p>12</p>	<p>Die USA als Siegermacht des 1. Weltkriegs leiteten mit Präsident Wilson persönlich und der größten Delegation zwar die Versailler Verhandlungen. Sie haben aber das Ergebnis nicht ratifiziert. Sie sind nicht Mitglied des Völkerbundes geworden (den sie selbst vorgeschlagen hatten), sie traten nicht dem Internationalen Gerichtshof bei (später erst mit Vorbehalten, die eine Verurteilung der USA unmöglich machten), sie schlossen nach dem Friedens- und Reparations-Vertrag separate Friedens- und Kreditverträge mit allen einzelnen Staaten ab, so auch mit Deutschland. Die USA wollten sich keiner internationalen Institution eingliedern, sondern bauten weiter z.B. mit Dawes- und Young-Plan in Deutschland ihr eigenes Instrumentarium aus, neben ihren „Verbündeten“. Sie haben auch damit nicht eine Friedensordnung in Europa gefördert. Demokratisierung haben die USA nach dem Krieg als Argument genutzt, um Druck auszuüben, wo es gerade passte, vor allem in Deutschland. Sie haben aber gleichzeitig auf Demokratie gepfiffen, wenn ihnen ein faschistischer Diktator wie Mussolini und Franco als sichere Alternative gegenüber der „roten Gefahr“ erschien.</p>	<p>Dieses Urteil über das grundsätzliche Verhältnis der USA zur Demokratie lässt sich kaum in einen konkreten, argumentativen Zusammenhang einordnen. Tatsache ist nun einmal, dass die USA bis zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk (der mit Wilsons 14-Punkte-Programm völlig unvereinbar war) für einen Verständigungsfrieden plädiert hatten. Dann erst gaben die USA Frankreichs Drängen auf Härte nach.</p>

13	<p>Und auch die US-Delegation in Versailles hat die Kolonien der Verbündeten Frankreich und Großbritannien gegen anders lautende Vorschläge geschützt und die dort für nationale Selbstbestimmung kämpfenden Befreiungsbewegungen abgewiesen.</p>	<p>Die USA haben die Interessen der Verbündeten Frankreich und Großbritannien geschützt; kann man sie deshalb als einziges Land an den Pranger stellen?</p>
14	<p>Waren die Wall Street-Kredite ein Verlustgeschäft? Herr Ruhkert, Sie sagen, dass die Verbündeten und auch Deutschland ihre Schulden bei den USA nicht, jedenfalls nur zu kleinem Teil zurückgezahlt haben und dass die USA deshalb am 1. Weltkrieg doch nicht verdient haben. Richtig: Die Schulden wurden größtenteils nicht zurückgezahlt. „Die USA“ haben so nicht viel verdient. Aber bestimmte Leute in den USA haben sehr wohl viel verdient: Die US-Unternehmen bekamen ihre Kriegslieferungen voll bezahlt. Die Banken wurden nach dem Crash an der Wall Street („Schwarzer Freitag“) staatlich gerettet. Anleger, denen die Wall Street Anleihen für Deutschland verkauft hatten, gingen leer aus. Verluste wurden also auf Anleger und Steuerzahler überwält. Das ist nun wirklich nix Neues.</p>	<p>Der Vortrag in Pleisweiler erweckte bei den Zuhörern den Eindruck, die USA hätten ihre Kriegsbeteiligung darauf ausgerichtet, die Verschuldung der Ententestaaten bei den USA zu maximieren.</p> <p>Auch wenn diese These, für die es keinerlei Belege aus seriösen Quellen gibt, stimmen würde, dann wäre die Rechnung für die USA nicht aufgegangen. Denn zum einen konnten die USA das Geld nicht wieder eintreiben, zum anderen brachte es ihnen kaum Macht und Einfluss auf die Schuldner; diese nahmen sich schließlich die Freiheit heraus, die Schulden einfach nicht zu begleichen.</p> <p>So bleibt wieder nur ein Ausweichmanöver: Anstelle der zwischenstaatlichen Verschuldung werden nun die Gewinnsteigerungen amerikanischer Unternehmen in den Mittelpunkt gestellt. Diese Gewinne jedoch waren nicht von der Verschuldung der Ententestaaten abhängig; sie wären auch dann erzielt worden, wenn die USA früher mit einem anleihefinanzierten Rüstungsprogramm begonnen hätte - also nicht zum spätestmöglichen Zeitpunkt in den Krieg eingestiegen wären, wie Rügemer behauptet.</p>
15	<p>Eine solche Verlust-Überwälzung ist auch an der oben genannten, 2015 erfolgten Rückzahlung der britischen Anleihe von 1932 zu erkennen: Die 2,9 Mrd. Euro fehlen nun im Staatshaushalt 2015, weswegen die Vasallen-Regierung von David Cameron einen weiteren Grund hat, um bei den Sozialausgaben noch weiter zu kürzen.</p>	<p>Welch ein Skandal: Großbritannien zahlt nach 83 Jahren Schulden zurück. Wäre dies früher geschehen, hätte das Geld im Staatshaushalt früher gefehlt. Rügemer kann offenbar nicht anders: Die Ursachen für unsoziale Politik in einem europäischen Land sucht er - in den USA.</p>
16	<p>Köln als Opfer der Wall Street? Herr Ruhkert, Sie bemühen „notwendige“ Kredite für die Renommierprojekte des Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, anders seien sie eben nicht finanzierbar gewesen. Das sei doch gut gewesen, und noch heute ehren „die Kölner“, wie Sie behaupten, ihren „erfolgreichsten Oberbürgermeister“. Nun ja, er war erfolgreich, er sicherte sich 1929 damit seine Wiederwahl. Es gibt solche Kölner, die ihn immer noch ehren, ich kenne sie. Wenn die Wall Street-Banken damals dann den Anlegern, denen sie die Anleihen verkauft hatten, mitteilen mussten „Ätsch, die bösen Deutschen zahlen nicht zurück“, dann machte das den Banker</p>	<p>Dass Investitionen mit Krediten finanziert werden, ist ein völlig normaler und alltäglicher Vorgang. Ob Rügemer Begriffe wie "Komplize" und "Mittäter" auch dann benutzen würde, wenn die Kreditgeber nichtamerikanischer Herkunft gewesen wären?</p>

	<p>genauso wenig aus wie dem Kölner Oberbürgermeister. Bei jedem Kredit hat irgendwer immer einen Vorteil, auch wenn er nicht zurückgezahlt werden kann, wie jetzt z.B. in Griechenland und der Ukraine. „Erfolg“ nach Ihrem Muster, Herr Ruhkert, ist es also, wenn die Kollateralschäden auf andere, die mit der Kreditvergabe nichts zu tun haben, abgewälzt werden. Köln ist also kein „Opfer der Wall Street“, sondern erst mit dem christlichen Komplizen Adenauer wird das Bild vollständig. Der Mittäter war übrigens nicht nur Kölns Oberbürgermeister, sondern auch Präsident des Preußischen Staatsrats und Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, die die Renommierprojekte ebenfalls mitkreditiert hatte.</p>	
17	<p>Adenauer hatte auch persönliche Kontakte zur Wall Street. John McCloy von der Wall Street-dominierten Weltbank wurde auch deshalb 1949-1952 Hochkommissar für die von ihm beaufsichtigte Gründung der Bundesrepublik, deren Bundeskanzler Adenauer werden durfte. Der hatte an der Wall Street Schulden gemacht und nicht zurückgezahlt und war Wachs in den Händen seines mächtigen Freundes „Jack“, wie er den Hochkommissar liebevoll nennen durfte. Nach Beendigung seiner Aufgabe in Deutschland wurde McCloy Chef der Chase Manhattan Bank.</p>	<p>Da haben wir ihn, den Masterplan der Wall Street-Banken: Sie haben Adenauer gekauft - mit Schulden, die sie ihm als Oberbürgermeister Kölns und später noch einmal persönlich aufschwatzten. Damit machten sie ihn also als späteren Bundeskanzler gefügig.</p>
18	<p>Hat die Wall Street Hitlers Aufstieg mitfinanziert? Sie haben recht, wenn Sie anmerken, dass auf Initiative der USA das Deutsche Reich schon vor Hitler schrittweise Schulden nicht mehr rückzahlen musste, und dass die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, Bank for International Settlements) von der Wall Street mit den europäischen Zentralbanken und der japanischen Zentralbank schon vor 1933 gegründet wurde. Ich habe in meinem Vortrag das Gründungsjahr genannt: 1930. Richtig ist: Hitler war noch nicht an der Regierung.</p>	<p>Rügemer hatte in seinem Vortrag die Chronologie der Ereignisse durcheinandergebracht und eine falsche Kausalität behauptet, indem er sagte, die BIZ sei gegründet worden, weil Hitler die Zahlungen ausgesetzt hatte. Diese eindeutig falsche Behauptung nimmt er nun zurück, wenn auch auf eine etwas verdruckte, für den Leser kaum mehr erkennbare Weise. Seine Worte "Sie haben recht" verdienen dennoch Anerkennung - weil sie die einzige Ausnahme von der Regel sind.</p>
19	<p>Die Feinheit, die Sie übersehen, besteht in folgendem: Mit dem Hoover-Schulden- -Moratorium (1930/31) und der nachfolgenden Verlängerung wurde die Rückzahlung für das Deutsche Reich ausgesetzt, aber nicht</p>	<p>Der erste, demokratische Staat auf deutschem Boden war mit den Reparationszahlungen überfordert, also wurden diese gestreckt. Was mag Rügemer dagegen einzuwenden haben?</p>

	<p>erlassen, sondern bis 1986 gestreckt. Zu dieser langfristigen Abwicklung wurde ja die BIZ gegründet: Was hätte sie sonst für einen Sinn gehabt (zunächst)? Erst Hitler hat definitiv gesagt: Deutschland anerkennt auch diese Schuldenstreckung nicht, es werden niemals Reparationen gezahlt. So stellt die BIZ die Fortsetzung des Young-Plans, des Hoover-Moratoriums und der Rückzahlungs-Streckung dar. Bekanntlich hat die nach 1945 gegründete Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtungen wieder anerkennen müssen, als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches. Auf Initiative der USA wurden sie allerdings noch weiter reduziert und gestreckt, der Zins noch weiter abgesenkt, sodass die BRD 2010 ziemlich unbemerkt die letzte kleine Zahlung geleistet hat.</p>	<p>Dass auch das Dritte Reich als Rechtsnachfolger der Weimarer Republik von den Schuldenstreckungen hätte profitieren können, macht daraus noch lange kein Entgegenkommen an Hitler.</p>
20	<p>So hat also die BIZ nicht den Aufstieg Hitlers finanziert, wie Sie mir als Aussage unterstellen. Den Aufstieg haben bekanntlich Henry Ford und andere aus den USA, vor allem aus Deutschland, aus der Schweiz usw. finanziert, also Personen aus der damaligen transatlantischen kapitalistischen Klasse. Die wichtige, ganz andere Funktion übernahm die BIZ mit Sitz in der „neutralen“ Schweiz erst mit Beginn des 2. Weltkriegs. Sie übernahm einen wichtigen Teil an der Finanzierung der Hitler'schen Kriegsführung, durch Raubgoldwäsche, Devisenbeschaffung. Chef der Bank war der Wall Street-Banker Thomas McKittrick, von 1940 bis 1945.</p>	<p>Noch eine falsche Behauptung: Die Aussage, die BIZ habe Hitlers Aufstieg finanziert, wurde Rügemer nirgends unterstellt. Die Kritik richtete sich gegen das, was Rügemer an anderer Stelle geschrieben hat: <i>"Die Wall-Street-Banken, die dem Deutschen Reich während der 1920er Jahre umfangreiche Kredite gegeben hatten (Dawes-Plan 1924, Young-Plan 1929), stundeten und erließen sie dem NS-Regime."</i>(14) Warum auch dies eine falsche Behauptung ist, kann in der Kritik nachgelesen werden: Die Reparationen wurden nicht dem NS-Regime, sondern der Weimarer Republik am 9. Juli 1932 bis auf eine Abschlusszahlung erlassen. Auch die internationalen Kredite wurden nicht dem NS-Regime erlassen, sondern durch das Londoner Schuldenabkommen von 1953 reguliert.</p>
21	<p>Amerikanische Investitionen als frühe Form der Besatzung? Sie sagen, Herr Ruhkert, ich ließe die zahlreichen Unternehmensaufkäufe und die Gründung von Niederlassungen durch US-Konzerne „in einem schlechten Lichte“ erscheinen.</p>	<p>Rügemer beklagt, es sei eine Unterstellung, er lasse die amerikanischen Investitionen in schlechtem Lichte erscheinen. Doch nur einen Ausgenblick später wechselt er in einen sehr unangenehmen Tonfall: <i>"US-Eigentum im Ausland soll bekanntlich nicht diesem Ausland „helfen“, sondern naturgemäß den US-Interessen ... Die Investitionen waren nicht am volkswirtschaftlichen Erfolg Deutschlands oder Europas orientiert."</i> Das lässt sich ohne inhaltliche Verluste auf einen Satz verdichten: Deutsche Investitionen sind für Deutschland nützlich, amerikanische Investitionen sind schädlich. Sollte Rügemer hierzu eine differenziertere Meinung vertreten, so ist dies aus seinen bisherigen Ausführungen nicht erkennbar.</p>

22	<p>Und dies sei eine Kritik, die in der Tradition „nationalsozialistischer Publizistik und auch linksradikaler Seite“ stehe. Da haben Sie ja freihändig ein widerliches Querfront-Klischee zu Hilfe geholt! Ihre Denunziation lässt Sie selbst in einem „schlechten Licht“ erscheinen. Ich fände es anständig, wenn Sie sie zurücknehmen.</p>	<p>Dass der linke und rechte Rand des politischen Spektrums der Weimarer Republik mit ähnlichen Bildern und Schlagworten den wachsenden Einfluss amerikanischen Kapitals auf die deutsche Wirtschaft kritisierte, ist historische Wahrheit. Es liegt an Rügemer, sich davon durch eine differenziertere Kritik an den USA abzugrenzen.</p>
23	<p>Ich mache das zur Bedingung dafür, ob ich die Diskussion mit Ihnen weiterführe, falls sie sich ergeben sollte.</p>	<p>Obwohl Rügemer mit der häufigen Anrede "Herr Ruhkert" diesen Eindruck zu erwecken sucht, kann von einer Diskussion keine Rede sein. Wird ihm ein Fehler nachgewiesen, so räumt er diesen nicht ein, sondern weicht aus, indem er über ein anderes Thema doziert, z.B. Camerons Sozialkürzungen usw.; siehe dazu auch die Zusammenfassung.</p>
24	<p>Die US-Investitionen in Deutschland während der Weimarer Republik in Verbindung mit dem Dawes-Kredit-Plan (1925) dienten der Ausweitung US-amerikanischen Privateigentums und Marktes.</p>	<p>Und das ist bekanntlich Unrecht? Welchem Zweck dienen wohl deutsche Investitionen im Ausland? Rügemer scheint zu kritisieren, dass amerikanische Geschäftsleute sich wie Geschäftsleute verhalten.</p>
25	<p>Sie waren mit günstigen Bedingungen verbunden, z.B. Steuererleichterungen. Das ist zwar keine „Besatzung“, wie Sie mir unterstellen. US Eigentum im Ausland soll aber bekanntlich nicht diesem Ausland „helfen“, sondern naturgemäß den US-Interessen. Erstens: Die Investitionen waren nicht am <i>volkswirtschaftlichen</i> Erfolg Deutschlands oder Europas orientiert.</p>	<p>Produktive Investitionen erhöhen das Bruttoinlandsprodukt. Das ist eine Voraussetzung für mehr Wohlstand, also genau das, was Deutschland damals dringend brauchte. Für den Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt spielt es keine Rolle, ob die Fabriken, in denen die Wertschöpfung stattfindet, Amerikanern oder Deutschen gehören. Investoren wiederum orientieren sich naturgemäß nicht am volkswirtschaftlichen Erfolg des Landes, in dem sie investieren, sondern an ihrem eigenen betriebswirtschaftlichen Erfolg. Soll mit diesem Einwand angedeutet werden, dass Investoren aus anderen Ländern, z.B. Deutschland, sich anders verhalten?</p>
26	<p>Zweitens geschahen sie vielfach in enger Verbindung von US- und deutschen Konzernen, etwa General Electric und AEG, deutsche Chemieindustrie unter dem IG Farben-Dach mit den US-Chemiekonzernen usw.; d.h. es wurde auch in den USA investiert. Ich mache also keine „USA-Anklage“, wie Sie mir vorwerfen, sondern ich benenne die gemeinsame Verantwortung von Privatunternehmen, die ihren Sitz auf deutschem wie US-amerikanischem Territorium hatten.</p>	<p>Die Verantwortung deutscher Unternehmen zu leugnen dürfte kaum möglich sein. Ansonsten jedoch blendet Rügemer die Mitwirkung aller anderen Länder aus und klagt nur die USA an.</p>
27	<p>Drittens: Auch diese Investitionen wie auch die Nichtrückzahlung der Kriegskredite an die Wall Street führten nicht nur zu den von Ihnen gelobten „Goldenen Zwanziger Jahren“, sondern auch zur Banken- und Weltwirtschaftskrise und zur politischen Krise.</p>	<p>Wer würde sich nicht einen krisenfreien Kapitalismus wünschen! Das hat mit der Kritik an seinem Vortrag aber so gut wie gar nichts mehr zu tun.</p>

28	<p>Öl für den Führer Ihre Kritik, Herr Ruhkert, hat sich daran entzündet, dass ich die Verminderung und den Stopp der US-Öl-Lieferungen während des deutschen Russland-Überfalls nicht klar benannt habe. Ihr Hinweis ist zahlenmäßig richtig, die Lieferungen dieser Art gingen stark zurück und wurden eingestellt.</p>	<p>Rügemer gibt auch diesen Punkt der Kritik falsch wieder. Den Stopp der Lieferungen hat er keineswegs nur "<i>nicht klar</i>" benannt. Er hat ihn überhaupt nicht benannt, sondern durch seine Formulierung, man habe die Lieferungen „weiterlaufen lassen“, faktisch das Gegenteil behauptet: Dass es diesen Stopp gar nicht gegeben habe. Dabei wusste er davon: Seine Worte, er habe "die Verminderung und den Stopp ... nicht klar benannt", lassen kaum einen anderen Schluss zu.</p>
29	<p>Aber Sie übersehen folgendes: Erstens: Das war nur das Ende der Lieferungen, die offiziell und direkt zwischen den USA und Deutschland abgewickelt worden waren.</p>	<p>Genau diese inoffiziellen Lieferungen waren Gegenstand der Mengenabschätzung in der Kritik: "<i>Selbst wenn während des Kriegs durch eine Vielzahl von Kleinst-Lieferungen noch weitere 50.000 Tonnen hinzugekommen sein sollten, so bedeutete dies dennoch einen Rückgang der Liefermengen um mehr als den Faktor 20! Eine Belieferung Deutschlands aus den USA war während des Krieges nur noch unter Umgehung des Exportverbotes möglich.</i>" Jersaks Angaben beruhen auf Recherchen in deutschen Militärarchiven. Nur diese Lieferungen können Grundlage einer ernsthaften Diskussion sein. Es steht aber natürlich jedermann frei, sich weitere Lieferungen hinzuzuphantasieren.</p>
30	<p>Öl wurde dann inoffiziell und indirekt geliefert, z.B. über das auch von den USA geschätzte Franco-Spanien, das formal neutral blieb. US-Konzerne (wie andere auch) hielten und halten sich nicht unbedingt an US- (und andere) Gesetze, weder im Frieden noch vor allem im Krieg und in der Kriegsvorbereitung.</p>	<p>Diese Lieferungen sind, wie gesagt, in den oben erwähnten Mengenabschätzungen enthalten. Roosevelt wusste die Ölkonzerne richtig einzuschätzen und ergriff Gegenmaßnahmen. Mit Erfolg: "<i>The oil embargo was still in effect since July 1940, and caused detriment to the Spanish economy. Spain had almost no oil reserves and access to crude oil was dwindling. ... Spain decided to make an agreement with the United States and Britain in September 1940. Spain would receive oil and supplies as long as it remained strictly neutral, and submitted a detailed account of the use of such materials. The embargo worked.</i>" (15, S. 15) Der Lieferweg über Spanien stand unter genauer Beobachtung. Die Mengen erwiesen sich jedoch stets als unbedeutend: "<i>... in 1940 and 1941, before the British had managed to locate and eliminate them, German oil tankers based in the Spanish Atlantic ports of Vigo and Cadiz supplied their submarines on twenty-three different occasions; small quantities of gasoline from these tankers were exchanged for Spanish diesel fuel on two occasions; ... However, after the supply of oil to the Axis powers was cut off in June 1940, it does not seem that Spain diverted the oil obtained from the United States or the Western Hemisphere on a massive, systematic basis although small quantities were</i></p>

		<p><i>occasionally exchanged. On this matter, the vigilance and pressure of the British, first, and then the Great Britain–United States alliance were crucial. The quotas that Great Britain imposed on Spain in September 1940 after oil supplies had been cut off (see below) were extremely effective.”(16)</i></p> <p>Eine Untersuchung im Oktober 1941 kam zu ähnlichen Ergebnissen: <i>“In order to compare the amounts that arrived at their destination with the amounts that had been shipped, he studied figures supplied by CAMPSA and the tanks of unloaded oil products in both peninsular Spain and the Canary Islands. He concluded that although there may well have been the occasional transfer of small quantities of oil to Axis vessels on the high sea, this transfer was certainly not on a large scale or systematic. Neither was oil being sent to Germany or Italy from Spanish ports.”(16)</i></p> <p>Spanien galt als notorisch unzuverlässig, daher ließ Staatssekretär Sumner Welles 1942 unmissverständlich mitteilen: <i>“As the Spanish authorities will understand, any movement of petroleum from the United States which by any form of accident or change in military circumstance could be of assistance to our enemies is a matter of utmost moment to us...” (16, S. 211)</i></p> <p>Welles organisierte Kontrollen: <i>“At the same time he was taking the above steps, Sumner Welles also took several others on an internal level to ensure that the plan could be implemented effectively. ... He also began to prepare the group of agents that were to control the petroleum supplies being sent to Spain.” (dito)</i></p> <p>Der Nachweis, dass Amerikaner während des Krieges wesentlich zur deutschen Ölversorgung beigetragen haben, will auch auf diese Weise nicht gelingen.</p>
31	<p>Zweitens: Wesentlicher aber ist: Durch die Lieferungen in den 1930er Jahren und insbesondere in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg wurde Hitler-Deutschland in die Lage versetzt, überhaupt die Blitzkriege 1939/1940 zu führen.</p>	<p>Für wesentlich halte ich etwas ganz anderes: In seinem Vortrag hatte Rügemer seinen Zuhörern die Botschaft vermittelt, die USA hätten noch während des Krieges die mordende und raubende Wehrmacht durch wie in Friedenszeiten <i>“weiterlaufende Belieferungen”</i> unterstützt. An dieser falschen Behauptung kann Rügemer angesichts der Fakten nicht festhalten.</p> <p>Also greift er zu einem Ausweichmanöver, wechselt von der Kriegszeit in die Aufrüstungsphase und macht darüber eine durchaus zutreffende Aussage, für die er keinen Widerspruch fürchten muss. Er spricht an, dass Unternehmen auch im Falle des Dritten Reichs wenig Neigung zeigten, Kundschaft aus ethischen</p>

		<p>Gründen abzuweisen. So konnte Deutschland trotz der offensichtlichen Aufrüstung bis Kriegsausbruch weltweit ungehindert einkaufen - auch in den USA. Das ist zweifellos sehr bedauerlich, hat mit der Kritik an seinem Vortrag aber nichts mehr zu tun.</p> <p>Dissens gibt es dennoch auch zu diesem Punkt, denn es fällt unangenehm auf, dass ausschließlich die Lieferungen aus den USA kritisiert werden - gerade so, als ob der Rest der Welt sich in dieser Hinsicht vorbildlich verhalten hätte (siehe dazu die Daten über Lieferungen aus neutralen Ländern in der Kritik (10) an seinem Vortrag).</p>
32	<p>Sie ermöglichten der Wehrmacht, die Ölvorräte und -quellen der besetzten Staaten, dann auch in Osteuropa an sich zu reißen und auch damit, wie geschehen, ganz Europa einschließlich der Sowjetunion mit Krieg zu überziehen.</p>	<p>Auch das ist falsch: <i>"Während des gesamten Krieges beruhte die deutsche Mineralölversorgung hauptsächlich auf der Produktion der Hydrier- und Synthesewerke, den Lieferungen aus Rumänien und der einheimischen Ölförderung. Demgegenüber blieb das Erdölvorkommen in den besetzten Ländern nahezu marginal. Es lag bei maximal 5 Prozent des Gesamtaufkommens und wurde überwiegend in den besetzten Gebieten selbst verbraucht."</i> (17, S. 218) In seinem Bemühen, nun die Bedeutung der amerikanischen Öllieferungen vor dem Krieg zu überhöhen, verwechselt Rügemer die Kriegsplanungen des OKW mit dem tatsächlichen Verlauf des Krieges.</p>
33	<p>Drittens: Es kommt hinzu, dass durch die engen vertraglichen Verbindungen (Patente, Ethyle) zwischen dem deutschen Chemiekartell IG Farben (Hoechst, Bayer, BASF, Agfa) und den US-Konzernen Standard Oil und DuPont Deutschland seit Kriegsbeginn in einem guten Dutzend Werken während des ganzen Krieges in die Lage versetzt worden ist, synthetisches Öl und Benzin aus Braunkohle zu produzieren. Der größte Teil der deutschen Luftwaffe wäre sonst am Boden geblieben – was sehr gut gewesen wäre, meinen Sie, Herr Ruhsert, nicht auch?</p>	<p>Die Behauptung, <i>"die Amerikaner"</i> hätten durch <i>"weiterlaufende"</i> Lieferungen wesentlich zur Ölversorgung des Dritten Reichs im Krieg beigetragen, hat sich als falsch herausgestellt. An Rügemers Entschlossenheit, den USA mehr Verantwortung für die motorisierte Mobilität der Wehrmacht zuzuweisen, kann das nichts ändern. Doch dabei fällt er wieder auf die Nase.</p> <p>Rügemer behauptet, die Technologie der Kohlehydrierung sei Deutschland von Standard Oil und DuPont überlassen worden. Dieser Vorwurf wiegt schwer, denn das Dritte Reich produzierte einen großen Teil des von der Wehrmacht dringend benötigten Kraftstoffs in eigens zu diesem Zweck errichteten Hydrierwerken. In Wahrheit handelt es sich dabei aber bloß um ein Gerücht.</p> <p>Der in den Literaturempfehlungen enthaltene Autor Pauwels schreibt: <i>"Außerdem wurden riesige Vorräte an Öl und Gummi importiert und gehortet. Ein großer Teil dieses Öls wurde von US-Ölkonzernen gekauft, von denen einige auch noch so freundlich waren, das "Rezept" zur Verfügung zu stellen, mit dem synthetischer Kraftstoff aus Kohle erzeugt werden konnte."</i> (18)</p> <p>Das hat er wahrscheinlich ungeprüft von Anthony Sutton übernommen. Zitat von</p>

		<p>Sutton: <i>"It was the hydrogenation process of producing synthetic gasoline and iso-octane properties in gasoline that enabled Germany to go to war in 1940 – and this hydrogenation process was developed and financed by the Standard Oil laboratories in the United States in partnership with I.G. Farben. ..."</i> (19)</p> <p>Schon eine Webrecherche von nur einer Minute Dauer genügt, um herauszufinden, dass dies alles Unsinn ist. Rügemer hat sogar diese einfache Kontrolle versäumt.</p> <p>Er hätte auch den FAZ-Artikel lesen können, aus dem er selbst in Pleisweiler zitiert hat: <i>"Unterdessen hatten jedoch deutsche Chemiker der I. G. Farben, allen voran Friedrich Bergius und Carl Bosch, ein Verfahren zur Herstellung von synthetischem Treibstoff entwickelt, für das sie 1931 den Nobelpreis erhielten: Eine begrenzte Autarkie auf dem Mineralölsektor war damit in den Bereich des Möglichen gerückt. Dies hatte amerikanische Ölkonzerne, allen voran Standard Oil, veranlaßt, frühzeitig enge Kooperationen mit der I. G. Farben einzugehen."</i> (20)</p> <p>Es war also genau umgekehrt: Die in Deutschland entwickelten Syntheseverfahren hatten das Interesse der amerikanischen Ölkonzerne geweckt.</p> <p>Somit taugt auch dieses Beispiel nicht, um Amerikanern mehr Verantwortung für Verbrechen der Wehrmacht zuzuweisen.</p> <p>Bei der Lektüre von Pauwels Texten stößt man immer wieder auf Stellen wie diese, die mangelnde Detailkenntnis erkennen lassen. Pauwels ist als zitierbare Quelle völlig indiskutabel.</p>
34	<p>4. Die Rolle der USA wird erst verständlich, wenn Sie die anderen Lieferungen von Hochtechnologie durch z.B. durch IBM, ITT, Pratt & Whitney, General Electric und die auf Bestellung und Vorgaben der Wehrmacht produzierten LKW-Produktionen von Ford, General Motors in den unmittelbaren Vorkriegsjahren und auch danach einbeziehen. Diese Konzerne produzierten übrigens gleichzeitig für die US-Army, natürlich.</p>	<p>Dass in der Vorkriegszeit weltweit nahezu kein Unternehmen sich zu fein war, dem Dritten Reich zu liefern, was es bestellte und bezahlen konnte, ist bedauerlich, doch handelte es sich dabei keineswegs um eine Besonderheit amerikanischer Unternehmen.</p> <p>Zutreffend ist, dass manche amerikanischen Tochterunternehmen auch nach 1939, also nach Beginn der deutschen Angriffe auf Europa, bis zur Kriegserklärung Deutschlands an die USA in einer Weise mit dem Naziregime kooperierten, die Verachtung verdient.</p> <p>Aber auch hierfür gilt: Das ging überwiegend von nazifreundlichen, der Regierung Roosevelt feindselig gesonnenen Unternehmern aus.</p> <p>Unternehmen aus Ländern, mit denen Deutschland bereits Krieg führte, mussten sich dieser moralischen Bewährungsprobe nicht stellen, weil sie bereits früher</p>

		<p>unter Zwangsverwaltung standen. Viele neutrale Länder wiederum (z.B. die Schweiz und Schweden) trieben munter Handel mit dem Nazireich, bis die deutschen Konzentrationslager u.a. von amerikanischen Truppen befreit wurden.</p>
35	<p>US-Neutralitäts-Gesetze Sie beziehen sich, Herr Ruhkert, auf Neutralitäts-Gesetze der Roosevelt-Regierung. Schon der von Ihnen angeführte Friedenspolitiker Woodrow Wilson führte aber während seiner beiden Präsidentschaften ab 1912 und 1916 heftige internationale Militäreinsätze in Mittelamerika, ließ Diktatoren einsetzen, Staaten und Territorien überfallen, auch während Wilson in Versailles die Verhandlungen führte. US-Banken überschütteten das Italien Mussolinis sofort nach dem Schwarzhemden-Putsch 1922 mit Krediten, US-Konzerne investierten zu günstigsten Bedingungen, kauften Unternehmensanteile und gründeten Niederlassungen, wie in Deutschland. Führende US-Medien lobten Mussolini als „Politiker des Jahres“, wie man ihn auch in den USA brauche. Putschist Franco wurde unter Roosevelt (trotz Neutrality Act) mit Öl beliefert und nach dem Sieg über die gewählte Regierung sofort diplomatisch anerkannt.</p>	<p>Wichtig für diese Diskussion ist nur, ob die amerikanische Regierung amerikanische Unternehmen in der Aufrüstungsphase am Handel mit Deutschland hindern konnte. Es ist ein historisches Faktum, dass sie dazu in der Vorkriegszeit keine rechtlichen Möglichkeiten hatte. Für eine seriöse Diskussion muss dies Vorrang vor persönlichen Bewertungen der Haltung der USA zur Neutralität haben.</p> <p>Im übrigen hat der Begriff "Neutralität" im Laufe der Jahrzehnte einen Bedeutungswandel erfahren. Für die USA bedeutete dies damals, sich nicht in Kriege anderer Länder auf gleicher Augenhöhe einzumischen - so auch nicht in den Krieg in Europa. Neutralität bedeutete nicht, anderen Ländern den Anspruch auf Kolonien streitig zu machen, schließlich beanspruchten die USA selbst das Hausrecht in ihrem eigenen Hinterhof. Das ist der Grund, warum sie keinen Widerspruch darin sahen, sich unter Verweis auf ihre Neutralität aus dem Konflikt in Europa herauszuhalten und gleichzeitig in Südamerika Kriege zu führen. Einen an heutigen Wertvorstellungen orientierten Neutralitäts-Begriff auf die Zeit des Kolonialismus anzuwenden führt zwangsläufig zu solchen Missverständnissen.</p>
36	<p>Zwangsarbeiter in US-Niederlassungen Herr Ruhkert, Sie gestehen bedauernd ein, dass US-Firmen in Deutschland Zwangsarbeiter eingesetzt haben.</p>	<p>Was mag der Grund für diesen triumphierenden Tonfall sein? Eine ganze Seite der Kritik an seinem Vortrag befasst sich mit der Tatsache der Zwangsarbeit in deutschen Tochterunternehmen amerikanischer Konzerne.</p>
37	<p>Sie meinen aber, die Firmen hätten unter deutscher Zwangsverwaltung gestanden, und auch von US-Seite sei der Kontakt der USZentralen zur Niederlassung untersagt worden.</p>	<p>Nein, ich meine das nicht nur. Im Unterschied zu Rügemeier habe ich diese Aussagen in der Kritik mit Quellen belegt - siehe ebendort. (10)</p>
38	<p>Erstens: Schon vor den Zwangsarbeitern vollzogen die US-Firmen die NS-Vorgaben gerne mit. Das Führer-Prinzip war ihnen von zuhause vertraut. Die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Abschaffung von Betriebsräten – da kam kein Protest, während die US-Filialen in Deutschland sich doch auf Roosevelts New Deal hätten berufen können, in dem Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen gesetzlich gefördert wurden. Aber auch Roosevelt protestierte nicht.</p>	<p>Das machen Firmen aus anderen Ländern (insbesondere aus Deutschland) natürlich ganz anders: Sie verlangen stets, dass die in ihren Herkunftsländern geltenden Gesetze zugunsten der Arbeitnehmer in ihren Filialen im Ausland eingehalten werden.</p>

39	<p>Zweitens: Die Firmen arbeiteten nach der US-Kriegserklärung im Rahmen der deutschen Kriegswirtschaft mit, was sie auch vor der Kriegserklärung in den 1930er Jahren getan hatten.</p>	<p>So war es, doch gibt es dafür einen zwingenden Grund, und zwar die deutschen Verordnungen über die Behandlung feindlichen Vermögens: <i>"Mit der Bestellung des Verwalters ruhen die Befugnisse der Leiter und der sonst zur Vertretung oder Verwaltung des Unternehmens befugten Personen und Organe. Die Bestellung des Verwalters hat die Wirkung eines absoluten Verfügungsverbots." (21)</i> Auf diese Weise wurde die Integration von in ausländischem Besitz befindlichen Unternehmen in die Rüstungswirtschaft erzwungen. Egal, welchen Verwalter die GM-Zentrale sich damals wünschte: Das Naziregime hätte unter allen Umständen davor gesorgt, dass Opel Rüstungsgüter produzierte (so wie sie alle anderen Unternehmen ausländischer Herkunft dazu zwang). Damit ist die Frage der Verantwortung für die Rüstungsproduktion geklärt: Diese ist in Deutschland zu suchen.</p>
40	<p>Das betraf auch die Firmen, in denen US-Aktionäre nicht Alleineigentümer, sondern Miteigentümer waren, so wie General Electric an AEG. Drittens: Gerade bei kriegswichtigen US-Unternehmen bedeutete „Zwangsverwaltung“ nicht das, was man darunter verstehen konnte oder sollte. Die deutsche und die US-Seite verstanden sich. Bei Opel, im Eigentum von General Motors, wurde das Mitglied des Aufsichtsrats Carl Lüer, in Absprache mit der GM Zentrale 1941 kurzfristig zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden berufen und dann als Zwangsverwalter eingesetzt. Lüer war auch stellvertretender Leiter der Reichswirtschaftskammer. Opel wurde nicht enteignet, GM bzw. seine Aktionäre blieben Eigentümer. Die Gewinne wurden zum Aufkauf weiterer Unternehmen in Deutschland verwandt. In den USA gestand die US-Regierung gleichzeitig GM eine Steuerminderung wegen entgangener Gewinne zu. Nach dem Krieg wurden blockierte Dividenden an die Aktionäre ausgezahlt. GM erhielt Entschädigung für Kriegsschäden. So also sah die „Zwangsverwaltung“ aus.</p>	<p>Auch dieser Exkurs über Opel kann den Einwand nicht entkräften, dass die amerikanischen Ölkonzerne für Zwangsarbeit in ihren deutschen Tochterunternehmen nicht verantwortlich gemacht werden können, weil sie zu dieser Zeit keine Kontrolle mehr ausübten. Rügemer teilt ersatzweise mit, warum er Amerikanern den Einsatz von Zwangsarbeitern jederzeit zutrauen würde - doch das ist eine bloße Unterstellung und kein Beweis.</p>
41	<p>Wenn es keinen Kontakt und Einfluss von US-Seite gegeben hat, warum haben gerade dann die US-Aktionäre und US-Zentralen und die US-Regierung nicht dagegen protestiert, dass die Firmen in Deutschland Zwangsarbeiter, auch jüdische, beschäftigen? Herr Ruhsert: Erklären Sie es uns!</p>	<p>Das ist nicht das erste Mal, dass einen als Leser der Eindruck beschleicht, hier habe jemand nur sehr oberflächlich gelesen, worauf er zu antworten versucht. Zitate aus der Kritik: <i>"Die unter Feindvermögensverwaltung gestellten Unternehmen verloren den Kontakt zu ihren Stammhäusern."</i></p>

		<p><i>"America's declaration of war on Germany in December 1941 made it illegal for U.S. motor companies to have any contact with their subsidiaries on German-controlled territory."</i></p> <p>Zwar gibt es immer wieder Berichte über informelle Kontakte, doch ändert das nichts an der damaligen Rechtslage: Die Mutterkonzerne hätten von der Zwangsarbeit nur durch strafbare Kontakte erfahren können. Rügemer mag nicht davon ablassen, Amerikanern Verantwortung für von Deutschen auf deutschem Boden angeordnete Verbrechen anzulasten.</p>
--	--	---

Quellenverzeichnis:

- (1) SPIEGEL online, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/ibm-der-programmierte-massenmord-a-117132.html>
- (2) Die Sieben Schwestern. Die Ölkonzerne und die Verwandlung der Welt. ASIN: B001CAWXMK, Rowohlt Verlag, 1976 von Anthony Sampson
- (3) WIKIPEDIA, [https://en.wikipedia.org/wiki/Charles_Higham_\(biographer\)#Politics](https://en.wikipedia.org/wiki/Charles_Higham_(biographer)#Politics)
- (4) NYT, <http://www.nytimes.com/1988/05/08/books/give-us-your-tired-your-poor-your-nazis-scientists.html>
- (5) Andrew Cayton, review of Washington, New York Times Book Review, October 3, 2010, p. 21 cited in Gale (2011)
- (6) Blog NachDenkSeiten, 5. Mai 2015 um 14:31 Uhr, "Hier sind die Videos vom 24. Pleisweiler Gespräch mit Werner Rügemer: Europa im Visier der Supermacht USA", <http://www.nachdenkseiten.de/?p=25959>
- (7) Blog Hollywood Essays, Alicia Mayer, <http://hollywoodessays.com/2013/12/18/face-to-face-with-ben-urwand-the-question-i-asked-and-his-reply/>
- (8) Blog Hollywood Essays, Alicia Mayer, <http://hollywoodessays.com/2013/09/14/the-dark-side-of-book-publicity-is-revealed-as-negative-reviews-flow-in-for-ben-urwands-the-collaboration-hollywoods-pact-with-hitler/>
- (9) Werner Rügemer, Kein Blitzkrieg ohne USA, Buchbesprechung über: Jaques R Pauwels: Big Business avec Hitler. Les Éditions Aden, Brüssel 2013, 382 Seiten, 20 Euro, http://kritische-tiermedizin.de/2014/Kein_Blitzkrieg_ohne_USA.html

- (10) Eine Kritik am Vortrag von Werner Rügemer über „Europa im Visier der Supermacht USA“. Von Kai Ruhkert, NachDenkSeiten, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27465>
- (11) The First World War, 1914-1918, Gerd Hardach, ISBN: 9780520043978, p. 146
- (12) Kathleen Burk, <http://www.historytoday.com/kathleen-burk/money-and-power-america-and-europe-20th-century>
- (13) United States Senate, http://www.senate.gov/artandhistory/history/minute/merchants_of_death.htm
- (14) Redaktion Hintergrund, Berlin, <http://www.hintergrund.de/201311082885/politik/welt/die-wertegemeinschaft-der-lupenreinen-hurensoehne.html>
- (15) The Myth of Spanish Neutrality: U.S. Foreign Relations With Spain 1939---1941, Sean Stanton, [Drake University Social Science Journal](http://www.drake.edu/~socialscience/journal), 2011
- (16) Roosevelt and Franco during the Second World War, Joan Maria Thomas, Palgrave Macmillan, June 2011
- (17) Karlsch, Rainer / Stokes, Raymond G.: Faktor Öl - Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, ISBN 978-3-406-50276-7, 2003
- (18) Vor 70 Jahren im Dezember 1941: Der Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges, by Jacques R. Pauwels, Global Research, December 30, 2011 <http://www.globalresearch.ca/vor-70-jahren-im-dezember-1941-der-wendepunkt-des-zweiten-weltkrieges/28419>
- (19) Anthony Sutton: WALL STREET AND THE RISE OF HITLER [http://reformed-theology.org/html/books/wall_street/chapter_04.htm#Standard Oil of New Jersey and Synthetic Rubber](http://reformed-theology.org/html/books/wall_street/chapter_04.htm#Standard%20Oil%20of%20New%20Jersey%20and%20Synthetic%20Rubber)
- (20) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.02.1999, Nr. 35, S. 50, Tobias Jersak: Öl für den Führer
- (21) Staats- und Verwaltungsrecht, Deutsches Reich, Die Behandlung feindlichen Vermögens, 1940, http://www.zaoerv.de/10_1940/10_1940_1_4_b_887_919_1.pdf
- (22) Werner Rügemer antwortet auf die Kritik von Kai Ruhkert an „Europa im Visier der Supermacht USA“, Blog NachDenkSeiten, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27511>